

Die Mehlerversorgung Wiens.

Aus dem gemeinderätlichen Bürgerklub.

Der gemeinderätliche Bürgerklub trat gestern unter dem Vorsitz des Oberkurators Steiner zu einer mehrstündigen Beratung zusammen. Nach Erledigung laufender Angelegenheiten berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über eine Reihe von kurrenten Angelegenheiten. Er wendete sich vor allem der Besprechung der Mehlfraße zu, welche zu einer der wichtigsten Fragen in der Approvisionierungspolitik der Gemeinde geworden sei. Er finde, im Publikum werde vielfach übersehen, daß ein freihändiger Ankauf von Mehl seit Monaten nicht mehr möglich ist und die Gemeinde Wien auf jene Mehle angewiesen sei, welche ihr von der staatlichen Kriegsgetreideverkehrsanstalt zugewiesen werde. Im Publikum werde nicht selten auf kleine Orte hingewiesen, in dem Roggen- und Weizenbrot im Verkehr stehen. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß diese Orte Produktionsorte sind, in welchen durch Roggen- und Weizenvorräte die Erzeugung eines solchen Brotes möglich ist, daß dagegen Wien nahezu ausschließlich einen Konsumort, und zwar den größten Konsumort der Monarchie darstelle, der lediglich auf Zufuhren von auswärts angewiesen sei. Die Gemeindeverwaltung habe in einer Petition an die Regierung die Forderung auf Beistellung von 18.962 Waggons Edelmehl erhoben und er müsse namens der Wiener Bevölkerung unbedingt fordern, daß die Verwendung von Surrogatmehlen (Mais und Gerste) für den menschlichen Konsum völlig ausgeschaltet und sowohl für die Broterzeugung, wie auch für den Detailhandel ausschließlich Edelmehl (Weizen und Roggen) zur Verfügung gestellt werde. Wenn noch kein besseres Mischungsverhältnis bei der Broterzeugung angewendet werden könne, so beruhe dies darauf, daß noch immer die Regierungsverordnung Geltung hat, welche die Beimengung von fünfzig Prozent Surrogatmehl bei der Broterzeugung und beim Detailverkauf eine Abgabe von 1:1 (Edelmehl: Surrogatmehl) vorschreibe. Auf weitere Beschwerden könne er darauf hinweisen, daß ja die Kriegsgetreideverkehrsanstalt die Brotfrucht an Mühlen weise und die Gemeinde Wien von diesen Mühlen das Mehl erhalte. Tatsache sei, daß Landmühlen ein schlechtes Mehl geliefert haben und er müsse insbesondere der Mühle Mantler in Rosenberg gedenken, die ein so schlechtes Mehl lieferte, daß er hierüber an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt die Anzeige erstattete. Es müsse auch gefordert werden, daß die Ausmahlung der Brotfrucht nicht wie bisher zu einem so hohen Prozentsatz erfolge, daß noch im Mehl Kleie und Futtermehlprocente enthalten seien. Dem Bürgermeister erscheine es am zweckmäßigsten, wenn aus Weizen 30 Prozent Badmehl und 48 Prozent Brotmehl ausgebeutet würden, so daß noch 22 Prozent Kleie und Futtermehl übrigbleiben, was auch zur Milderung der Futternot wesentlich beitragen würde. Mit Befriedigung könne er auf den Statthaltererlaß vom 17. Juli hinweisen, mit welchem das Ansuchen der Gemeinde Wien, das gesamte im Wiener Gemeindegebiet beschlagnahmte und durch den bestellten Kommissionär aufzukaufende Getreidequantum an Edelmehlen ausschließlich der Gemeinde Wien zum Verbräuche zuzuweisen genehmigt worden sei und er spreche hiefür dem Statthalter den besten Dank aus.

Lebhafte Beschwerde wurde darüber erhoben, daß durch die Mängel im Eisenbahndienst große Mengen von Milch fauer ankommen und daß auch Obst und Gemüse unter dem langsamen Transport und den unzureichenden Verkehrsmitteln leiden. Diese Mängel seien auch eine der Ursachen der teuren Preise von Obst und Gemüse. Es wurde beschlossen, den Bürgermeister zu ersuchen, mit allem Nachdruck auf das Eisenbahnministerium und die Zentraltransportleitung einzuwirken, daß Lebensmittelzüge mit aller Raschheit dem Markte zugeführt und daß auch durch Beistellung geeigneter Waggons dem Verderben der Ware vorgebeugt werde.

Eine weitere Debatte entspann sich wegen der Einführung eines Nachmittagsmarktes. Von der Mehrheit der Redner wurde erklärt, daß sie sich hievon keine nachhaltige Wirkung zur Verbesserung der augenblicklichen Verhältnisse versprechen.

In eingehender Weise erörterte schließlich der Bürgermeister die Aktion des Wiener Stadtrates wegen Verbesserung der Invalidenfürsorge, erwähnte, daß er mit dem Oberkurator Steiner sowohl beim Kriegsminister wie auch beim Landesverteidigungsminister in Audienz erschienen sei und daß beide Minister die Forderung der Gemeindeverwaltung Wiens einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen zusagten.

Der ausführliche Bericht des Bürgermeisters wurde mit lebhaftem und anhaltendem Beifalle aufgenommen.